

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Brann in Freiberg.

№ 30.

Erscheint jeden Sonntag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.
Freitag, den 6. Februar.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Kolonialpolitik und Dampfer-Subvention.

Die kolonialen Fragen haben für unser ganzes politisches Leben eine so hohe Bedeutung gewonnen, daß die entschlossenen: Stimmung der regierungsfreundlichen Parteien bei der Entscheidung solcher Fragen nur natürlich ist. Fürst Bismarck hat in nicht zu missdeutender Weise erklärt, daß er nur dann die Kolonialpolitik weiter führen könne, wenn dieselbe von der nationalen Begeisterung getragen werde und thatsächlich bewiesen nicht nur die massenhaften Kundgebungen, welche dem bekannten Reichstagsbeschluss folgten, sondern auch die allgemeine Theilnahme an den Kämpfen im Kamerun-Gebiete, daß die Mehrheit des deutschen Volkes für überseeische Erwerbungen schwärmt. Wenn die Vertretung der französischen Nation für die weit gefährlicheren ostasiatischen Erwerbungen dem Ministerium Ferry bereitwillig ganz enorme Mittel gewährte, und immer wieder mit den schon gebrachten Riesensummen sich einverstanden erklärte, wenn der italienische Minister des Auswärtigen, Mancini, von der Volksstimmung zu einem nicht unbedenklichen Abkommen mit England und zur Vorbereitung eines vollständigen Eroberungszuges gedrängt wurde, dann ist es doch wahrlich kein Wunder, wenn auch das deutsche Volk die erzwungene Weltstellung zur Gründung deutscher Kolonien benützt sehen will. Wir sind in der glücklichen Lage, derartige Erwerbungen machen zu können, ohne daß es mehr bedarf, als einige Hundert Reger zu Paaren zu treiben, welche sich von englischen Agenten zum Bruch der geschlossenen Verträge verleiten lassen. Wir brauchen keine Armeekorps zu mobilisieren, um unseren Kaufleuten erst Stapelplätze zu erobern, sondern diese kaufmännischen Niederlassungen sind längst, Dank dem deutschen Unternehmungsgeist, vorhanden. Wir haben nichts Anderes zu thun, als diesen Ansiedlungen die Segnungen des vaterländischen Rechts zu gewähren und sie dem bisherigen Schicksal zu entreißen, bei ihrem bedeutenden Verkehr mit den Eingeborenen jeder Willkür preisgegeben zu sein. Die Schutznahme dieser deutschen Handelsunternehmungen in fernen Welttheilen wird aber gerade deshalb, weil sie ein neues Ruhmesblatt der Politik des deutschen Kanzlers bedeutet, von dessen Gegnern offen und versteckt angegriffen.

Anderes läßt es sich kaum erklären, wie nach den am 15. Dezember v. J. gemachten Erfahrungen die Bewilligung der Dampfervorlage, deren Ablehnung am Schluss voriger Session nachträglich von so Vielen offen bereit wurde, in der Reichstagskommission auf Widerstand stoßen konnte. Daß es zur Kräftigung des deutschen Exporthandels und der deutschen überseeischen Handelsniederlassungen wesentlich beitragen wird, wenn diese durch eine regelmäßige prompte deutsche Postdampferverbindung in steter Verbindung mit der deutschen Heimath bleiben, kann Niemand verkennen. Mit der Annahme der Dampfervorlage würden aber die politischen Gegner des Reichskanzlers indirekt den Werth seiner Kolonialpolitik anerkennen und ehe sie sich dazu entschließen, lassen sie es auf einen zweiten nationalen Entrüstungsturm ankommen. In der Freitagssitzung der mit der Vorberathung der Postdampfervorlage betrauten Reichstagskommission ist dieses Spiel durch die Entschlossenheit der regierungsfreundlichen Mitglieder aufgedeckt worden. Dieselben bewirkten es, daß die ganze Vorlage mit 14 gegen 7 Stimmen verworfen wurde, nachdem die Gegner der deutschen Kolonialpolitik die Ablehnung der beiden Hauptlinien, der afrikanischen und der australischen, durchgesetzt hatten. Mit dem Vorschlage, die ostasiatische Linie allein durch das Reich unterstützen zu lassen, wollten und konnten die konservativen und nationalliberalen Kommissionsmitglieder nicht vor den Reichstag treten. Eine derart verstümmelte Vorlage hat in der That weder einen merkantilen, noch einen nationalen Werth. Wenn den regierungsfreundlichen Kommissionsmitgliedern jetzt nachträglich der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch Ablehnung der angetragenen Theilzahlung das Schicksal der ganzen Vorlage gefährdet haben, so rechtfertigt sie die Thatsache, daß diese Vorlage von der Opposition ihrer Monate hindurch hin und her gezerrt wurde, um die ihr zu Grunde liegenden größeren Gesichtspunkte zu verwischen und am Schluss eine Behandlung zu erfahren, welche von den Freunden der deutschen Kolonialpolitik nur als ein bitterer Schimpf angesehen werden kann.

In diesem Sinne sagt der „Hann. Courier“: „Die Bewilligung der ostasiatischen Dampfer, welche unser Koloniegebiet rechts und links liegen lassen, ist angehts jener gestrichenen Linien eine ungebührliche Verhöhnung des

Werthes unseres Kolonialerwerbs in Polynesien und Afrika.“ — „Der Grundzug der dem Dampfergegentwurf entgegengebrachten Feindseligkeit — so äußert sich die „Köln. Ztg.“ — ist die Abneigung gegen die Kolonialbestrebungen, wie sie durch die ursprüngliche Vorlage gefördert werden sollen.“ Die nationalliberale „Neue Ztg.“ meint, die Deutschfreisinnigen hätten mit ihrer Haltung in der Kommission nur die Geschäfte des Zentrums besorgt, da Herr Windthorst nun bei der Plenarberathung die Dampfervorlage als Tauschobjekt behandeln könne und im Fall des Mißlingens dieses Handels schon dafür sorgen werde, daß alle Schuld der schließlichen Ablehnung der beim Volke beliebten Postdampfer-Subventionen an den Deutschfreisinnigen haften bleibe. Die Letzteren werden auch von der „National-Ztg.“ davor gewarnt, den taktischen Künsten Eugen Richters zu viel zu vertrauen und ermahnt, lieber zu bedenken, ob ihre Wähler für derartige subtile parlamentarische Leistungen Verständnis haben werden. Sehr richtig betont dieses doch den Freisinnigen nahestehende Blatt, daß doch endlich eine Angelegenheit, welche dem ganzen Volke am Herzen liege, vollständig entschieden werden müsse.

Seit dem am Freitag ihnen durch die Ablehnung der verstimmelten Vorlage gemachten Querstrich verjuchten nun die Freunde Eugen Richters die Sache so darzustellen, als ob nicht ihre Ablehnung der Hauptlinien, sondern die Meinungsverschiedenheiten unter den Freunden der Kolonialpolitik die alleinige Schuld an dem seltsamen negativen Resultate der langen Kommissionsarbeiten trügen. Die „Breslauer Zeitung“ erzählt, die Schiffsrheber Meier und Wörmann hätten in der Kommission gegenseitig die Interessen Hamburgs und Bremens hartnäckig verteidigt, außerdem habe auch ein Meinungsstreit zwischen Nord- und Süddeutschland die Ausschusarbeit gestört. Noch rüchhaltiger äußert die „Voss. Ztg.“, die Nationalliberalen hätten aus Bosheit gegen diejenigen, welche zwei Dampferlinien strieben, die Vorlage fallen lassen, statt die ostasiatische Linie dankbar anzunehmen. Das Blatt sagt wörtlich: „Nachdem die Abstimmung über die einzelnen Paragraphen beendet war, beantragte der Abg. Richter die Schlussabstimmung über das Ganze auf 24 Stunden auszuschieben. Die Herren würden dann Gelegenheit gehabt haben, sich abzukühlen und mit ihren politischen Freunden Rücksprache zu nehmen. Aber auch in diesem Vorschlage schien man wieder eine Falle zu wittern, und ging dann die Abstimmung, welche, wie gemeldet, die Verwerfung des ganzen Gesetzes mit 14 gegen 7 Stimmen ergab, nach einer kurzen Redaktionspause von Statten. Die Dampfer-Subventionsvorlage ist durch die Obstruktionspolitik und den Fraktionsgeist der konservativ-nationalliberalen Koalition in der Kommission zu Fall gebracht worden. Fragt man nun nach dem muthmaßlichen Endresultat, so läßt sich annehmen, daß die Parteien ihren Führern in der Kommission nicht folgen werden; sie dürften sich die Sache zweimal überlegen und die ostasiatische Linie als eine Abschlagszahlung für die Zukunft im Plenum gern in Empfang nehmen.“

Mit der in den letzten Worten ausgesprochenen Erwartung scheinen die Auftraggeber der „Voss. Zeitung“ in einer argen Selbsttäuschung befangen. Mit diesem „Torso“ der Vorlage wird sich weder Fürst Bismarck noch viel hiesige, wie auf die Fortführung der Kolonialpolitik verzichteten. An der Sache selbst ist durch das Kunststück der Herren Windthorst und Richter nichts geändert, nur ruht die Entscheidung jetzt im Plenum des Reichstages, in welchem, wie auch das „Berl. Tageblatt“ berichtet, sämtliche Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums, die in der Dampferkommission gestellt waren, wieder eingebracht werden. Die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage gehen von den Nationalliberalen und den Konservativen aus. Gesichert erscheint dem genannten Blatt die ostasiatische Linie, für welche sich die Mehrheit bis in die Reihen der Freisinnigen hinein erstrecken werde. Die längst genügend ventilirte Angelegenheit eignete sich überhaupt gar nicht für die Berathung in der Kommission und wird bei der Plenarberathung, wo kein Versteckenspiel möglich ist, sicher eine bessere Lösung finden. Wer nicht für die Kolonialpolitik ist, der ist wider dieselbe und deshalb gilt es auch bei der Postdampfervorlage nicht mehr zu markten und zu feilschen, sondern anzunehmen oder abzulehnen und dann seine Entscheidung als charaktervoller Mann vor seinen Wählern offen und ehrlich zu vertreten.

Tageschau.

Freiberg, den 5. Februar.

Allorten in Deutschland kommen die Sammlungen für den anlässlich des 70jährigen Geburtstages des ruhmvollen deutschen Reichskanzlers zu stiftenden „Bismarck-Fond“ mehr und mehr in Fluß. Wie man aus der Reichshauptstadt meldet, laufen die verschiedensten Beträge von der bescheidensten Spende des kleinen Mannes bis zu den stattlichen Summen der Großindustriellen, bei den Sammelstellen der Zweigkomitees ein. Das Zentralkomitee hat bei der riesigen Zahl der Spender davon Abstand genommen, eine Liste der einzelnen Beiträge zu veröffentlichen; man beabsichtigt vielmehr, die sämtlichen Namen dem Fürsten zu seinem Geburtstag in einem hoffentlich recht stattlichen Folianten zu überreichen. Der Reichskanzler hat für die Einigung und das Ansehen Deutschlands so Großes geleistet, daß das Vaterland, um das er sich so verdient gemacht, ihm einen Beweis dankbarer Anerkennung schuldet. Hoffentlich gehen auch bei den hiesigen Sammelstellen noch recht zahlreiche Beträge ein, welche dem Fürsten Bismarck Kunde geben, wie tief die nationale Gesinnung auch in unserer alten vaterländischen Bergstadt eingewurzelt ist.

Unser Kaiser ist so weit wieder hergestellt, daß er vorgestern den Substitutionsball im Berliner Opernhause besuchen konnte. Der große Uniform tragende greise Monarch schritt dabei frisch und munter wie je im Laufe der lehtvergangenen Jahre durch die Reihen der ehrerbietig sich Verneigenden, am Arme die deutsche Kronprinzessin führend, die in schwarzem Sammet mit weißem Auspuß erschienen war, im Haar eine tief schwarze Straußenfeder, die über das funkelnde Brillantendiadem herabnickte. Dann folgte der Kronprinz mit der Prinzessin Wilhelm, welche dunkelblauen Sammet mit hellblauem Auspuß trug. Am Arme des Prinzen Wilhelm ging dann die himmelblau gekleidete Prinzessin Friedrich Karl dahin. Ihr folgte, mit zartestem Perlgrau angezogen, die feine, schlante Gestalt der Prinzessin von Hohenzollern am Arme des Prinzen Friedrich Karl. Prinzessin Viktoria, in duftigen Weiß gekleidet, hatte dem Prinzen Ernst von Sachsen-Meiningen den Arm gegeben. Der Kaiser eröffnete die Polonaise des Hofes mit der Kronprinzessin, begrüßte später die Gemahlinnen der Botschafter von Oesterreich und Frankreich, sowie die anwesenden Fürstlichkeiten und verweilte längere Zeit in der Loge derselben. Um elf Uhr verließ der Kaiser mit den übrigen Herrschaften den Ball.

Bei der gestern im deutschen Reichstage fortgesetzten Berathung des Postetats legte Abg. Dr. Müller ein Wort für die Telegraphistinnen ein, die zu ihrem Bedauern auf den Aussterbeetat gesetzt seien und darum auch keine Anstellung und Pension erhalten können. Direktor Fischer erwiderte, den Telegraphistinnen sei seitens der Verwaltung mehr gehalten als versprochen worden; sie seien mit 2 Mark Diäten angestellt worden und hätten eine Gehaltsaufbesserung auf 3 Mark bekommen. Abg. Müller meinte darauf, es könne in einer Zeit, wo die Sozialreform auf der Tagesordnung stehe, nicht Sache der Postverwaltung sein, sich ihre Arbeitskräfte so billig wie möglich zu verschaffen. Beim Titel Posthilfsstellen wünschte Abg. von Vollmar eine Aufbesserung des Diätensatzes der Unterbeamten von 2 auf 2,50 M. und die Gewährung eines Krankengeldes. Direktor Fischer antwortete, die Postunterbeamten befänden sich bei 2 Mark Diäten im Besitze eines Einkommens, das andere Arbeiter u. nicht immer bezögen und würden, wenn man ihnen heute 2,50 Mark gewährte, morgen 3 Mark Diäten verlangen. Nachdem die verschiedenen Titel der ordentlichen Ausgaben bewilligt worden, folgte das Extraordinarium, bei welchem das Haus die von der Kommission vorgeschlagenen Abstriche (Dienstgebäude in Erfurt, Hamburg, Breslau) einfach gut hieß. Die Debatte wendete sich demnächst zu Titel 29: Oberpostdirektionsgebäude in Köln, wobei zugleich über Titel 35 Kapitel 4 des Extraordinariums des Militäretats: Neubau einer Artillerie-Kaserne in Köln berathen wurde. Beide Posten wurden bewilligt, nachdem Abg. Frhr. von Frankenstein sich befürwortend geäußert hatte. Die Abstriche für die Dienstgebäude in Leer, Küßtrin, Elbing, Berlin, Stettin, Suhl, Celle, Eisenach, Beuthen, Bingen, Königsberg, Kreuznach, Weissenfels, Weimar, Stralsund wurden genehmigt. — Bei der nun folgenden Berathung des Extraordinariums des auswärtigen Amtes bewilligte der Reichstag 60 750 M. zur Errichtung einer Sommer-Residenz für die deutsche Botschaft zu Konstantinopel in Terapia, trotzdem der ultramontane Abgeordnete Frhr. von Frankenstein diese Forderung bemängelte. Ferner wurden die noch ausstehenden Theile des Etats des Reichschatzamtes, der Reichshalb, Reichsdruckerei, Fehlbetrag des Haushalts des Etatsjahres 1883/84, Zinsen aus belegten